Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Kuhschnappel und Tirschheim.

Erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 Mk. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 Mk. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und unsere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 25 Pfg.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Grundzeile wird mit 75 Pfg., für auswärtige Besteller mit 85 Pfg. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreigespalt. Zeile 1.75, für auswärts 200 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: „Tageblatt". Postscheckkonto Leipzig 86 697

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes

Nr. 223 — Freitag, den 24. September 1920 — 70. Jahrgang.

Lebensmittelverkauf in Lichtenstein-Callnberg.

Inlands-Schweinefleisch, auf den Kopf 150 Gramm für Mk. 2.70, Kinder unter 6 Jahren die Hälfte.

Süßstoff, für jeden Haushalt bis zu 3 Köpfen 1 Päckchen, über 3 Köpfe 2 Päckchen, bei Lietzmann, Roßbach, Hähnel u. in der Apotheke. Preis für 1 Päckch. 1 M.

Pferdefleisch (Gewiegtes), 1 Pfd. Mk. 6.— — Untere Bachgasse Nr. 19 — von morgen vormittag 8 Uhr an.

Butter, Landesfettkarte Abschnitt 1 (rechte obere Ecke), Nr. 625—1160 bei Weiß, 50 Gramm Mk. 1.40.

Schweineschmalz, Landesfettkarte Abschnitt B, 100 Gr. 3.45 Mk., bei Dietrich, Koch und Wagner.

Die bestellten **Gänse** sind eingetroffen und müssen heute Freitag nachm. von 5 Uhr an im Hofe hinter dem Rathause abgeholt werden. — Preis Mk. 77 das Stück.

Lichtenstein-Callnberg, den 24. September 1920.

Städtisches Lebensmittelamt.

Rentenempfänger,

(Reichs-, Unfall- und Berg-Invaliden, Eisenbahn-Pensionäre und Altersrenten-Empfänger)

soweit sie erwerbslos sind, geringen oder gar keinen Verdienst haben oder Armenunterstützung beziehen, werden hiermit aufgefordert, sich **Montag, den 27. Sept. 1920 und Dienstag, den 28. Sept. 1920** im **Unterstützungsamt** zu melden und zwar: Am **Montag diejenigen** mit den Anfangsbuchstaben A—E von **9 bis 10 Uhr vormittags,** F—K von **10—11 Uhr,** L—P von **11—12 Uhr** und am **Dienstag diejenigen** mit den Anfangsbuchstaben Q—S von **9—10 Uhr** und Sch—Z von **10—12 Uhr.**

Lichtenstein-Callnberg, am 23. September 1920.

Der Stadtrat.

Oeffentliche Sitzung

des Gemeinderates zu Hohndorf am **Montag, d. 27. September 1920** nachm. 5 Uhr im Sitzungszimmer des Gemeindeamtes.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Bewilligung eines Beitrags zur Grenzspende.
3. Unterhaltung der gemeindlichen Brunnen.
4. Erhebung der anteiligen Bezirkssteuern im Gemeindeanlagenumlageverfahren.
5. Gemeindegrundsteuer.
6. Zuschlag zur Grunderwerbssteuer.
7. Gesuch des Sächs. Verkehrsverbandes um Beitritt.
8. Armenhaus.
9. Milchküche.
10. Haushaltplanberatung.

Hohndorf (Bez. Chz.), den 23. September 1920.

Der Vorsitzende.

Schuster, Gemeindevorstand.

Kurze wichtige Nachrichten.

* Havas meldet: Auf Anfrage eines Senators nach der Höhe der Besatzungskosten im Rheinland und der von Deutschland bisher gezahlten Entschädigung antwortete der Finanzminister, daß die Besatzungskosten bis Ende März 1920 1,8 Milliarden Francs betragen hätten und von Deutschland bis Ende Juli d. Js. 1 388 047 245 Mark bezahlt worden seien, was 402 800 530 Francs gleichkomme.

* Nach einer Mitteilung der Wiedergutmachungskommission sind bis zum 16. d. Mts. von Deutschland insgesamt 1 944 665 Bruttoregistertonnen Schiffsraum abgeliefert worden.

* Für die zweite Oktoberwoche wird ein weiterer Transport deutscher Kriegsgefangener aus Rußland erwartet.

* In Oppeln wurde der Eisenbahnwerkstättentischler Frenzel von einem französischen Offizier erschossen.

* Die Braunschweiger Großhändler lehnten bei den jetzigen hohen Preisen die Versorgung der Stadt Braunschweig mit Kartoffeln ab. Sie haben die Stadtverwaltung aufgefordert, wie bisher, die Kartoffelversorgung weiterzuführen. Von der Reichsregierung wird die sofortige Aufhebung der Verordnung vom 21. Mai 1920 verlangt.

* Die freie Bauernschaft von Landau hat für das gesamte besetzte Gebiet die Zuschläge für Roggen und Weizen als in jeder Beziehung für ungenügend erklärt und eine Aufforderung an die Bauern ergehen lassen, vorläufig unter diesen Umständen kein Getreide abzuliefern.

* In Turin kam es gestern bei der Beerdigung zweier Hafenarbeiter zu schweren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Polizei, in deren Verlauf mehrere Personen getötet und viele verletzt wurden. In Rom sind nach dem Bericht des „Corriere della sera" gestern wieder von wohnungslosen Arbeitern Häuser besetzt worden.

* Agence Havas meldet: Millerand wurde mit 695 von 892 abgegebenen Stimmen zum Präsidenten der Republik gewählt.

* Die Russen sind bei Grodno wieder zur Offensive übergegangen und haben einige Erfolge erzielt.

Die Zahlen des Reichsfinanzministers.

Aus der Rede des Reichsfinanzministers, die dieser in der gestrigen Kabinettssitzung gehalten hat, gehen uns folgende Meldungen zu. Reichsfinanzminister Wirth führte u. a. Folgendes aus:

Wir stehen offenkundig vor der Notwendigkeit, uns über die finanzielle Lage des Reiches Rechenschaft zu geben. Es genügt aber nicht, sich nur die Tatsachen vor Augen zu halten und die furchtbare Wucht der Zahlen in das Gedächtnis einzutragen und Probleme zu sehen, sondern wir müssen zu weittragenden Entschlüssen kommen und ein Wirtschafts- und Finanzprogramm für die nächste Zeit uns vornehmen. Schlechte Finanzen sind wohl auch der Ausdruck einer krankhaften Wirtschaft. Es seien deshalb heute nur wenige Zahlen wiederholt. Die steigende Größe spricht eine lebendige Sprache. Niemand, insbesondere die Beamten sollten sich der Gewalt dieser Sprache entziehen. Im Jahre 1919 stellte die Reichsfinanzverwaltung einen Haushalt auf, der ordentliche Einnahmen und Ausgaben enthalten sollte in Höhe von 15,8 Milliarden Mark, ferner außerordentliche Einnahmen und Ausgaben in Höhe von 47,2 Milliarden, somit Gesamteinnahmen und -Ausgaben mit 63 Milliarden. Der Voranschlag für das Jahr 1920 sieht, wie er jetzt dem Reichstag zugeht, Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von 39,8 Milliarden vor, wobei allerdings zu berücksichtigen ist, daß diejenigen Reichseinnahmen aus Steuergesetzen, von denen ein Teil den Ländern und Gemeinden zufallen, mit dem vollen Aufkommen in Einnahmen und mit dem an die Länder und Gemeinden abzuführenden Betrage von 9,4 Milliarden in Ausgaben nachgewiesen sind, so daß nach Abzug dieser Summe die eigentlichen Ausgaben des Reiches im ordentlichen Etat sich auf 30,4 Milliarden belaufen. Der außerordentliche Etat sieht Ausgaben vor in der Höhe von 39,7 Milliarden und Einnahmen von 2 Milliarden, hat also einen Fehlbetrag von 37 Milliarden. In diesen Zahlen sind die reichseigenen Betriebe, Eisenbahn und Post nicht mit enthalten, für sie wird vielmehr ein besonderer Haushalt aufgestellt, bei dem jetzt für die Reichseisenbahnverwaltung ein Fehlbetrag von über 16 Milliarden und bei der Post ein Fehlbetrag von über 2 Milliarden feststeht. Wenn es nun auch gelungen ist, den ordentlichen Haushalt bei höchster Anspannung aller Einnahmequellen auf dem Papier zu balancieren, so verbleibt immerhin aus den nichtgedeckten Ausgaben des außerordentlichen Haushalts und der Post und Eisenbahn ein Gesamtfehlbetrag von 37,7 und 18 Milliarden — 55,7 Milliarden Mark. Bei den Ausgaben sind im außerordentlichen Haushalt allein an Aufwendungen aus Anlaß der Durchführung des Friedensvertrages und seiner Vorverträge für das Rechnungsjahr 1920 25 Milliarden vorgesehen. Dazu kommen noch die finanziellen Anforderungen an das Reich für Entschädigungen an Reichsangehörige aus Anlaß des Friedensvertrages, welche geschätzt werden auf 17 Milliarden Mark für Abtretung der deutschen Handelsflotte auf 90 Milliarden, für die Liquidation des deutschen Eigentums im Ausland auf zehneinhalb Milliarden, für Ablieferung von Kriegsgeräten usw. auf dreizehneinhalb Milliarden, nach dem Kriegsschädengesetz vom 3. Juli 1916 sowie nach den in Vorbereitung befindlichen Kriegsschädengesetzen für Schäden im Ausland in den ehemaligen deutschen Schutzgebieten usw. Die Gesamtforderungen für Entschädigungen an Reichsangehörige infolge des Krieges beläuft sich demnach auf 131 Milliarden, wobei das in den letzten Wochen erfolgte Sinken des Markwertes noch nicht berücksichtigt ist.

Nicht enthalten sind in diesen Zahlen die Summen, die das Reich für Lieferungen und Leistungen zu vergüten hat, die als Wiedergutmachung im Sinne des Friedensvertrages an die einzelnen Ententestaaten bewirkt worden sind und weiterhin bewirkt werden, und deren Gesamthöhe sich überhaupt noch nicht absehen läßt. Man muß sich nur diese gewaltigen aus dem Friedensvertrag und infolge des Krieges sich ergebenden Ziffern einmal ruhig überlegen, um die ungeheuren Lasten, die allein aus Anlaß des Friedensvertrages auf uns liegen, ermessen zu können. Die tatsächlichen Ausgaben für das Rechnungsjahr 1919 sowie für das erste Drittel 1920 und der voraussichtliche Bedarf für die Zeit vom 1. August 1920 bis einschließlich 31. März 1921 werden sich auf mindestens 54 Milliarden belaufen, wobei betont werden muß, daß es sich zum größten Teil noch keineswegs um endgültige Zahlungen, sondern nur um Vorschläge auf Entschädigungen handelt, deren Festsetzung oft kaum noch begonnen hat. Eine Ziffer verdient noch besondere Beachtung: daß für den genannten Zeitraum allein für Besatzungsheere, den Wiedergutmachungsausschuß und andere alliierten Kommissionen 14,9 Milliarden erforderlich sein werden. Es ist deshalb nicht zu verwundern, daß die schwebende Schuld des Reiches gewaltig in die Höhe geht und daß ihr Anwachsen und die damit verbundene Papierflut als lawinenhaft bezeichnet werden muß. Die schwebende Schuld des Reiches ist im Jahre 1920, und zwar bis zum 18. September, um 47,5 Milliarden gewachsen. Die diskontierten Schatzanweisungen und Schatzwechsel beliefen sich am 18. September auf 132,3 Milliarden Mark, wozu sich weitere Zahlungsverpflichtungen aus Schatzanweisungen und Schatzwechseln sowie Sicherheitsleistungen in Höhe von 90,4 Milliarden gesellen. Die Gesamtschuld mit Einrechnung der fundierten Schulden im Betrage von 91 Milliarden beträgt demnach 242,7 Milliarden, dazu treten die den Ländern noch restlich abzunehmenden schwebenden Schulden und Zinsverpflichtungen an die Länder aus Anlaß der Uebernahme der Eisenbahnen im Gesamtkapitalbetrag von 25 Milliarden und die von den Ländern verauslagten Beträge für Familienunterstützungen, Kriegswohlfahrtspflege usw. in Höhe von 16 Milliarden. Diese Zahlen rechtfertigen wohl das Urteil, daß unsere finanzielle Lage mehr als ernst bezeichnet werden muß. Man darf sich deshalb nicht verwundern, daß der Reichsfinanzminister der Erledigung der Besoldungsordnung, die neue große dauernde Lasten bringt, mit allergrößter Besorgnis entgegensieht, vor allem dann, wenn festzustellen ist, daß allein die Reichseisenbahnverwaltung einen Zuschuß von über 16 Milliarden in diesem Jahre erfordert. Das Besoldungsgesetz vom 30. April erfordert an Grundgehältern, Ortszuschlägen und Teuerungszuschlägen (nach Durchschnittssätzen berechnet) jährlich 9,9 Milliarden. Die Mehrkosten einschließlich dessen, was die Nationalversammlung noch zugefügt hat, in Höhe von rund 2 Milliarden, betragen 7,8 Milliarden gegenüber der früheren Besoldung. Der jetzt zur Entscheidung stehende sogenannte Referentenvorschlag, der übrigens im Benehmen mit allen Ressorts und den Beamtenorganisationen zustande kam, erfordert eine Mehraufwendung von 824 Millionen gegenüber dem Gesetz vom 20. April. Die jetzt noch geäußerten Wünsche der Beamten würden nach der Berechnung des Reichsfinanzministeriums eine weitere Mehrforderung von wiederum 863 Millionen rund bedeuten, wobei diesen Wünschen gegenüber noch besonders finanzpolitisch in Betracht kommt, daß sie auch in den Ländern und Gemeinden wiederum zu neuen Forderungen führen müßten und ebenso Rückwirkung auf die Tarifverträge der Angestellten sowie der Reichs- und Staatsarbeiter äußern würden.

Dr. Wirths Sieg auf der ganzen Linie.

Das Ergebnis der Sitzung des Kabinetts Fehrenbach ist, wie der „Vorwärts" schreibt, daß das Kabinett zusammenbleibt und sich, den Vorschlägen des Reichsfinanzministers Dr. Wirth entsprechend, zu tief einschneidenden finanz- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen entschließt. Die Nachricht, daß die Erhebung einer Zwangsanleihe auf dem Programm des Reichsfinanzministers stehe, ist unrichtig, sie ist von ihm nicht vorgeschlagen und vom Kabinett nicht beschlossen worden, sondern wird allenfalls als äußerstes letztes Mittel in Reserve gehalten. Der Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues soll binnen kürzester Frist zu erwarten sein. Die sozialdemokratische Partei wird

SLUB
Wir führen Wissen.